

## 29

**Ministerratssitzung****Montag, 26. April 1948**

Beginn: 15 Uhr 30

Ende: 19 Uhr 15

*Anwesend:* Ministerpräsident Dr. Ehard, Innenminister Dr. Ankermüller, Kultusminister Dr. Hundhammer, Finanzminister Dr. Kraus, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Arbeitsminister Krehle, Sonderminister Dr. Hagenauer, Staatsminister Dr. Pfeiffer, Staatssekretär Dr. Schwalber (Innenministerium), Staatssekretär Fischer (Innenministerium-Bauabteilung), Staatssekretär Jaenicke (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Lacherbauer (Justizministerium), Staatssekretär Dr. Sattler (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Geiger (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Sühler (Landwirtschaftsministerium), Staatssekretär Sedlmayr (Verkehrsministerium).

*Entschuldigt:* Stv. Ministerpräsident Dr. Müller, Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl, Verkehrsminister Frommknecht, Staatssekretär Dr. Grieser (Arbeitsministerium).

*Tagesordnung:* I. Entwurf eines Gesetzes über Sterilisierung und Refertilisierung und eines Gesetzes über Schwangerschaftsunterbrechung. II. Wohnungsbau für Flüchtlinge. III. Einladung des Bayer. Gewerkschaftsbundes zur Feier des 1. Mai. IV. Gemeinde- und Kreistagswahlen. [V. Ernährungslage]. [VI. Flüchtlingsfragen]. [VII. Verordnung über die Erhebung von Gebühren für die Verwaltung kontrollierter Vermögen]. [VIII. Zwangsenteignung für die Überlandwerke Unterfranken zur Errichtung eines Schalthauses in Lohr]. [IX. Landtagsbeschluß über Untersagung der Handelstätigkeit bei Behörden]. [X. Sonderzuteilung von Autobereifungen und Benzin an die politischen Parteien]. [XI. Durchführung des Grubenholzprogramms]. [XII. Einladung von deutschen Kindern durch die spanische Regierung]. [XIII. Fragen der Energieversorgung]. [XIV. Personalsachen]. [XV. Ernennung von kommissarischen Schulräten zu planmäßigen Schulräten].

*I. Entwurf eines Gesetzes Über Sterilisierung und Refertilisierung<sup>1</sup> und eines Gesetzes über Schwangerschaftsunterbrechung<sup>2</sup>*

Medizinaldirektor Dr. Aub<sup>3</sup> von der Gesundheitsabteilung des Staatsministeriums des Innern berichtet über diese Gesetzentwürfe, die seit längerer Zeit im Ausschuß für Gesundheitswesen beim Länderrat in Stuttgart beraten werden.<sup>4</sup> Das Sterilisierungsgesetz beabsichtige die schwersten Folgen schwerer Erbkrankheiten auszuschalten und sei insoweit eine Fortführung der Gesetzgebung des Dritten Reiches.<sup>5</sup> Der bayerische Vertreter beim Länderrat habe noch keine endgültige Stellungnahme abgegeben, was einer früheren Weisung des Ministerrats entspreche.<sup>6</sup> Der Entwurf eines Gesetzes über Schwangerschaftsunterbrechung sehe lediglich eine Schwangerschaftsunterbrechung aus medizinischen Gründen vor. Diese solle von einer aus drei Ärzten bestehenden Kommission überwacht werden. Es werde versucht, die früheren Gutachterstellen vor 1927 mit Hilfe der Landesärztekammer wieder aufzurichten. Die Ärzte müßten diese Gutachterstellen benützen; wenn nicht, könnten sie als verdächtig dem Justizministerium gemeldet werden. Auf sein Einwirken in Stuttgart hin sei die Zulassung der Sozial- und Notzuchtsindikation gestrichen worden.<sup>7</sup> Wenn die Ärztekammern tatsächlich Gutachterstellen einrichten würden, sei die gesetzliche Regelung, wie sie Stuttgart vorschlage, nicht notwendig.

1 Vgl. *Protokolle Ehard* I Nr. 30 TOP VII und Nr. 31 TOP III . S. im Detail, u.a. den Entwurf des Gesetzes, 9. 2. 1948, in StK 30359.

2 S. im Detail, u.a. den Entwurf des Gesetzes, 23. 4. 1948, in StK 30358.

3 Zu seiner Person s. Nr. 7 TOP V.

4 Vgl. zur Behandlung beider Gesetze im Ministerrat die Vormerkung der StK für Ehard, 23. 4. 1948 (StK 30358 und StK 30359).

5 Gemeint ist hier das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 529) in der Fassung vom 4. 2. 1936 (RGBl. I S. 119).

6 Vgl. *Protokolle Ehard* I Nr. 31 TOP III .

7 Vgl. den Entwurf eines Gesetzes über Schwangerschaftsunterbrechung, 21. 1. 1948, sowie die Ausführungen von Aub in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheitswesen des Länderrats in Stuttgart, 18. 3. 1948 (StK 30125).

Ministerpräsident *Dr. Ehard* spricht sich dafür aus, der bayerische Vertreter in Stuttgart solle die Absetzung der beiden Entwürfe beantragen. Man könne eine solche Sache nicht behandeln,<sup>8</sup> ohne die Volksvertretung zu beteiligen.

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* erklärt, er sei überrascht, daß sich der Gesundheitsausschuß legislatorisch betätige, was doch eine Angelegenheit des Rechtsausschusses sei.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* antwortet, das Justizministerium sei beteiligt worden. Im übrigen würde natürlich der Länderrat die Sache noch an den Rechtsausschuß verweisen, wenn der Zeitpunkt dafür gekommen sei.

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* betont nochmals, der Gesundheitsausschuß habe schon gesetzliche Vorlagen ausgearbeitet.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt zusammenfassend, eine gesetzliche Regelung werde wohl notwendig sein. Man könne diese aber nicht allein über den Länderrat ohne die Volksvertretung machen.

Es besteht Einverständnis darüber, daß der bayerische Vertreter eine Absetzung beider Gesetzentwürfe von der Tagesordnung in Stuttgart beantragen solle.<sup>9</sup>

## II. Wohnungsbau für Flüchtlinge<sup>10</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt mit, auf Grund eines Landtagsbeschlusses vom 18. Juli 1947<sup>11</sup> habe ein Ausschuß 15 Projekte für Flüchtlingssiedlungen ausgearbeitet,<sup>12</sup> die man dem Landtag vorlegen, zum mindesten aber zur Kenntnis bringen müsse.

Staatssekretär *Jaenicke* macht darauf aufmerksam, daß der Landtagsbeschluß lediglich sage, die Regierung solle die Siedlungsvorhaben so rasch wie möglich ausführen, verlange aber keine Vorlage. Man könnte also ohne weiteres beschleunigt Weiterarbeiten und brauche nicht den Landtag erst zu verständigen. Die Kommission, die die Projekte bearbeitet habe, bestehe aus Vertretern sämtlicher Ministerien, 4 Sachverständigen und Delegierten des Hauptausschusses der Flüchtlinge.<sup>13</sup> Er habe schon im Flüchtlingsausschuß des Landtags über diese Dinge Vortrag gehalten.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* regt an, man könne ja den Stand der Arbeiten dem Landtagspräsidenten zur Kenntnis geben und darauf hinweisen, was weiter geschehen werde.

Staatsminister *Krehle* rät ab, die Projekte im einzelnen bekanntzugeben, da hiedurch falsche Hoffnungen erweckt werden könnten, die man wegen der Baustoffnot nicht erfüllen könne. Im übrigen sei auch das Bauprogramm des Arbeitsministeriums für 10 000 Wohnungen praktisch ein Programm zu Gunsten der Flüchtlinge.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* entgegnet, seines Erachtens sei es doch wohl notwendig, der Öffentlichkeit etwas zu sagen.

Staatssekretär *Jaenicke* fügt bei, es werde großes Ärgernis entstehen, wenn die Sache weiter hinausgeschoben werde; vielleicht könne man der Presse Mitteilung machen, daß die Projekte in Angriff genommen seien, daß sie allerdings praktisch vielfach noch nicht über das Anfangsstadium hinausgekommen seien.

Staatssekretär *Dr. Sattler* meint, wo wirklich schon etwas gemacht sei, könnte man mit Nachdruck darauf hinweisen.

8 Die Formulierung geht auf eine hs. Änderung MPr. Ehards zurück. An dieser Stelle hieß es im Registraturexemplar zunächst „forcieren“ (StK-MinRRProt 10).

9 In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheitswesen des Länderrats in Stuttgart, 28. 4. 1948, wurde jedoch über die Gesetzentwürfe betr. Sterilisierung und Refertilisierung und Schwangerschaftsunterbrechung abgestimmt. Im Protokoll hieß es dazu wörtlich: „Der Regierungsvertreter von Bayern stellt fest, daß er sich bei der Abstimmung über die Gesetzentwürfe über Sterilisierung und Refertilisierung sowie über Schwangerschaftsunterbrechung der Stimme enthalten hat. Der Gesundheitsausschuß ist sich darin einig, daß diese Entwürfe mit den Stimmen der übrigen Regierungsvertreter angenommen worden sind“ (StK 30125). – Beide Gesetze traten in Bayern nicht in Kraft.

10 Vgl. Nr. 8 TOP V und Nr. 20 TOP XIX.

11 BBd. II Nr. 1360.

12 Vgl. die Liste der Mitglieder sowie Protokolle der Sitzungen dieses Ausschusses in: Marb-Landesflüchtlingsverwaltung 1579.

13 Zum Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern vgl. *Bauer*, Flüchtlinge S. 280–301.

Staatssekretär *Jaenicke* erklärt, er wisse nie, was die Bauabteilung wirklich geben könne. Die Baustoffzuteilungen seien erschreckend gering.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* meint, der Ministerrat könne jedenfalls billigen, daß die Vorhaben in Angriff genommen werden, wenn es auch praktisch nicht in allen Fällen sofort möglich sei. Wie aber solle man sich dem Landtag und der Öffentlichkeit gegenüber verhalten? Er halte es für das beste, dem Landtagspräsidenten mitzuteilen, daß die Projekte ausgearbeitet seien, daß sie vom Ministerrat gebilligt seien und daß man angeordnet habe, mit der Ausführung zu beginnen; gleichzeitig könne man den Landtagspräsidenten ersuchen, diese Mitteilung dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.

Staatsminister *Dr. Seidel* gibt sodann einen ausführlichen Überblick über den Stand der Arbeiten bei den einzelnen Projekten und weist unter anderem darauf hin, daß in Wildflecken bereits 190 Wohnungen im Aufbau begriffen seien, ebenso sei in Kraiburg, Wolfratshausen, Neusäß b. Augsburg usw. schon viel geleistet worden. Man könne also durchaus die Arbeiten schon bekanntgeben.

Staatsminister *Krehle* meint, er wolle nur vermeiden, daß man vorzeitig etwas ankündige, was vielleicht wegen Baustoffmangel nicht durchgeführt werden könne.

Staatssekretär *Fischer* betont, die Baustofflage sei zur Zeit einfach zum Verzweifeln. Es habe bald überhaupt keinen Wert mehr, weiterzumachen. Für ganz Bayern besitze er heute noch 3200 t Zement, am besten höre man gleich mit dem Bauen auf. Auch Eisen habe er nicht mehr. Da nur mehr schwarz gebaut werde, habe er die Weisung herausgegeben, keine Neubaugesuche zu genehmigen und Ausnahmen nur mehr für Wohnungsgenossenschaften, für landwirtschaftliche Zwecke und für Krankenhäuser zu genehmigen, ferner für Bauvorhaben, bei denen die Baustoffe schon vorhanden seien. Im übrigen habe sich auch der Bedarf der Amerikaner in den letzten Wochen außerordentlich erhöht.

Staatsminister *Dr. Seidel* führt aus, er verstehe die Stimmung des Herrn Staatssekretärs Fischer durchaus, der sich tatsächlich in einer verzweifelten Situation befinde. Trotzdem glaube er, daß dieser etwas zu schwarz sehe. Wenn nicht alles täusche, komme im Laufe des Juni die Währungsreform und nach ihrem Eintreten werde sich jeder überlegen müssen, ob er es sich finanziell leisten könne zu bauen. Zweifellos werde Staatssekretär Fischer schon ab Juli über genügend Baustoffe verfügen können. Interessant sei, daß auf Grund der bizonalen Kohlenzuteilung Staatssekretär Fischer nur etwa 40% der Ziegeleien mit Kohlen versorgen könne, während praktisch alle 100% mit voller Ausnützung ihrer Kapazität arbeiten, d.h. daß sie irgendwo anders her ihre Kohlen bekämen. Jedenfalls würden die produzierten Ziegelsteine auch zu irgendeinem Bau verwendet. Wenn man sich das überlege, so müsse man feststellen, daß immerhin Wohnungen erstellt worden seien. Nach der Währungsreform werde die Industrie nicht mehr das nötige Kapital zur Verfügung haben, um zu investieren, sondern gezwungen sein, aus betriebswirtschaftlichen Gründen ihren Kohlenbedarf möglichst zu drosseln. Er rate deshalb Herrn Staatssekretär Fischer vorerst abzuwarten, wie die Entwicklung vor sich gehen werde.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* wirft ein, er habe Bedenken gegen das Baustoffnotgesetz, das lediglich die Produktion drosseln werde.<sup>14</sup>

Staatsminister *Dr. Seidel* fügt noch hinzu, seines Erachtens könne man die Siedlungsprojekte ruhig bekanntgeben. Man solle auch die neuen Bauweisen nicht allzusehr überprüfen, sondern einfach genehmigen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* faßt sodann zusammen und meint, man könne 1. bekanntgeben, daß die Projekte gebilligt seien, zum Teil sogar schon 1948 beendet werden könnten; 2. man solle dem Landtag Mitteilung über den Stand der Vorhaben machen, zumal diese ja fast alle aussichtsreich seien.

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* führt aus, er halte den Vorschlag des Ministerpräsidenten für zwingend. Man müsse auch berücksichtigen, daß innerhalb der SPD seit kurzem Meinungsverschiedenheiten ausgetragen würden, dahingehend, ob nicht die politische Linie der Partei unter Herrn v. Knoeringen falsch sei. Man sehe dort, daß die Regierung zweckmäßige Dinge hier und in Frankfurt eingeleitet habe und sich

14 Vgl. Nr. 17 TOP III, Nr. 20 TOP XII, Nr. 21 TOP VI und Nr. 22 TOP IV.

in den nächsten 4 Monaten sehr viel tun werde. Nun bestehe die Möglichkeit, daß die SPD wieder in die Regierung hineinkommen wolle, ehe die Erfolge der Politik der jetzigen Regierung aufträten. Die Ministerpräsidentenkonferenz im Sommer des vorigen Jahres<sup>15</sup> habe zweifellos einen großen Erfolg mit sich gebracht, allein schon dadurch, daß sie die Bilanz gezogen und dadurch für den Marshall-Plan Vorarbeit geleistet habe. Unter diesen Umständen halte er es für notwendig, daß in der Frage der Flüchtlingsbauten ein Dokument herauskomme, das unbestritten sei.

Auf Frage von Herrn Ministerpräsidenten *Dr. Ehard* erklärt sich Staatssekretär *Jaenicke* bereit, zusammen mit Staatssekretär *Fischer* den Brief an den Landtag bis Donnerstag, den 29. April zu entwerfen.

Staatssekretär *Fischer* meint, er könne selbstverständlich Zuteilungen abzweigen, dann würden aber die heftigsten Angriffe aus den Notstandsgebieten kommen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, man müsse überhaupt wohl bis Ende Juni hier und in anderen Punkten schwimmen.

### III. Einladung des Bayer. Gewerkschaftsbundes zur Feier des 1. Mai

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt eine Einladung des Bayer. Gewerkschaftsbundes an die gesamte Staatsregierung zur Feier des 1. Mai im Deutschen Museum bekannt.<sup>16</sup>

Staatsminister *Dr. Kraus* bezeichnet es als besonders wichtig, daß die Staatsregierung möglichst zahlreich vertreten sei. Man müsse das Abgleiten der Gewerkschaften in ein radikales Fahrwasser verhindern.

Es wird daraufhin vereinbart, daß die Staatsminister *Kraus* und *Krehle* und die Staatssekretäre *Sattler*, *Geiger*, *Sedlmayr* und *Lacherbauer* der Einladung Folge leisten, Ministerpräsident *Dr. Ehard* und Staatsminister *Dr. Pfeiffer*, wenn sie rechtzeitig aus Frankfurt zurück seien.<sup>17</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* ersucht noch die Kabinettsmitglieder, bei Verhinderung darauf bedacht zu sein, daß jedes Ministerium zum mindesten durch einen höheren Beamten vertreten werde.<sup>18</sup>

### IV. Gemeinde- und Kreistagswahlen

Staatsminister *Dr. Ankermüller* gibt einen Überblick über die bisherigen Ergebnisse der Gemeinde- und Kreistagswahlen.<sup>19</sup> Die Wahlbeteiligung sei mit 87% erstaunlich hoch gewesen.<sup>20</sup> Sehr zu beachten seien die

15 Vgl. *Protokolle Ehard I* Nr. 23 TOP I und Nr. 24 TOP I.

16 Georg Reuter, General-Sekretär des Bayer. Gewerkschafts-Bundes, an Ehard, 23. 4. 1948 (StK 14743).

17 Ehard nahm gemeinsam mit StMWi Seidel am 30. 4. 1948 an der 3. öffentlichen Sitzung des Länderrats in Frankfurt (Beginn 15.35 – Ende 16.59 Uhr) teil (StK 30456). Vgl. ORR v. Gumpenberg an den Präsidenten des Bayer. Gewerkschaftsbundes, Lorenz Hagen, 27. 4. 1948: „Der Herr Ministerpräsident läßt den Empfang Ihrer freundlichen Einladung zur Feier des Bayer. Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai d.J. mit bestem Dank bestätigen. Er nimmt am Freitag, 30. April, an der Sitzung des Länderrates in Frankfurt teil, hofft aber, noch rechtzeitig in München einzutreffen. Er würde großen Wert darauf legen, Ihrer Einladung Folge zu leisten. Auf alle Fälle werden einige Minister und Staatssekretäre als Vertreter der Staatsregierung zu Ihrer Feier erscheinen. Andere Regierungsmitglieder hatten für diesen Tag schon außerhalb Münchens bindende Verpflichtungen eingegangen. Die Staatsregierung bringt Ihrer Feier großes Verständnis entgegen und wird auf alle Fälle durch mehrere Herren vertreten sein“ (StK 14743).

18 „Die Feier im Deutschen Museum“, SZ 4. 5. 1948; darin hieß es u.a.: „Der Feier wohnte die bayerische Staatsregierung mit Ministerpräsidenten Dr. Ehard und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Müller nahezu vollzählig bei, ferner Landtagspräsident Dr. Horlacher und Staatskommissar Auerbach.“ Vgl. auch Ehard an Schlögl, 27. 4. 1948 (ML 10798).

19 Bei den *Gemeindewahlen* am 25. 4. 1948 erzielten die Parteien und parteilosen Wählergruppen (in Klammern das Ergebnis der Gemeindewahlen vom 27. 1. 1946): CSU 28,3% (43,6%), SPD 17,6% (16,6%), KPD 1,9% (2,3%), WAV 0,2%, FDP 1,3% (0,8%), BP 1,8%, Flüchtlingsgruppen 11,3%, Sonstige 32,5% (14,1%). In der Analyse hieß es dazu: „Die Gemeindewahlen des Jahres 1948 haben eine völlige Veränderung der politischen Struktur gebracht. Die parteigebundenen Stimmen sind von 63,3 vH auf 51,2 vH zurückgegangen, das deutet also auf eine weitere bewußte Abkehr von den bestehenden Parteien in den Gemeinden hin.“ [...] „Am empfindlichsten waren die Verluste für die CSU, die in der bayerischen Regierung die Gesamtverantwortung übernahm. Der Wählerwille hat sich gewandelt. Die Zersplitterung der intellektuellen und bürgerlichen Schichten wirkt sich aus. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß bei Wahlen auf Landesbasis die zugelassenen politischen Parteien die Stimmen der unpolitischen Wählergruppen wieder auf sich vereinigen werden“; vgl. *Die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen Bayerns 1946 und 1948* S. 10. Bei den *Kreistagswahlen* am 25. 4. 1948 erzielten die Parteien und parteilosen Wählergruppen (in Klammern das Ergebnis der Kreistagswahlen vom 28. 4. 1946): CSU 44,2% (67,9%), SPD 21,4% (22,9%), KPD 2,7% (3,9%), WAV 0,9% (0,5%), FDP 4% (1,5%), BP 6,4%, Flüchtlingsgruppen 15,2%. In der Analyse hieß es u.a.: „Bei den Kreistagswahlen des Jahres 1948 ging die SPD in 11 Kreisen, die Bayernpartei in 4 Kreisen und die Flüchtlingsgruppe in 1 Kreis, nämlich in Wertingen, als stärkste Partei aus den Landkreiswahlen hervor. In allen übrigen Landkreisen führte trotz ihrer Verluste gegenüber 1946 die Union“; *Die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen Bayerns 1946 und 1948* S. 44. S. ferner *Schlemmer*, *Aufbruch* S. 231–241; ferner die detaillierte Analyse der Land- und Stadtkreiswahlen, 25. 4. bzw. 30. 5. 1948 für die LKr. Kronach und Kulmbach bei *Zeitler*, Neubeginn S. 347–354.

20 Vgl. *Die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen Bayerns 1946 und 1948* S. 4.

Erfolge der Flüchtlingslisten, die im übrigen vielfach als Union der Ausgewiesenen bezeichnet und daher der CSU zuzurechnen seien<sup>21</sup> Die Bayernpartei<sup>22</sup> habe vor allem in Ober- und Niederbayern beachtliche Erfolge erzielt,<sup>23</sup> in Franken allerdings in der Hauptsache nur im Landkreis Forchheim<sup>24</sup>

Staatssekretär *Dr. lacherbauer* macht auf die sogenannten unpolitischen Listen aufmerksam, die häufig von den Nazis aufgestellt worden seien, dadurch auch Sitze in den Gemeinde- und Kreisvertretungen errungen hätten. Besonders kraß sei der ihm bekannt gewordene Fall Redenfelden,<sup>25</sup> wo von 16 Gemeinderatssitzen mittels einer unpolitischen Liste Parteigenossen allein 13 Sitze erhalten hätten. Diese Angelegenheit müsse unter allen Umständen auch der Militärregierung zur Kenntnis gebracht werden.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* erwidert, er hätte von diesen Dingen auch bereits Kenntnis und habe sie der Militärregierung schon mitgeteilt.<sup>26</sup>

Staatssekretär *Dr. Schwalber* wirft ein, Colonel Bums<sup>27</sup> habe daraufhin gefragt, wie lange wir noch mit der Rehabilitierung der Nazis warten wollten.

Staatsminister *Krehle* bezeichnet es als unglaublich, daß kein PG Betriebsratsmitglied sein könne, wohl aber Bürgermeister.<sup>28</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt abschließend, man müsse diese Dinge unbedingt der Militärregierung mitteilen.

#### [V.] Ernährungslage<sup>29</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt mit, die Staatsminister *Dr. Schlögl* und *Dr. Müller* hätten in Frankfurt erreicht,<sup>30</sup> daß Bayern ab 1. 5. 48 doch 600 g Fische bekomme, ebenso wie im Juni. Die allgemeine Fischzuteilung für Juli mit Oktober betrage monatlich 1000 g. Bayern erhalte im Juli und August etwas weniger, nämlich 800 g. Außerdem sei erreicht worden, daß die Fleischaufgabe um 20% gekürzt werde, mit der Möglichkeit, die Lieferung bis Juni zu verschieben. Die Verhandlungen seien sehr schwierig gewesen, zum Schluß aber doch zu einer Klärung gekommen. Auch die Genehmigung der Engländer und Amerikaner liege vor.

#### [VI.] Flüchtlingsfragen

Staatssekretär *Jaenicke* teilt mit, das Lager Hof-Moschendorf<sup>31</sup> müsse zum Teil geräumt werden, weil die Russen jetzt täglich 1000–2000 Kriegsgefangene pro Tag zurückschicken wollten. Er ersuche das Kabinett zu beschließen, das Finanzministerium wolle die aus der Vermögensverwaltung freiwerdenden Projekte grundsätzlich der Flüchtlingsverwaltung zur Verfügung stellen. Die Vermögensverwaltung habe z.B. zwei große Gebäude bei Neu-Ulm an Telefunkten verpachtet.

Staatsminister *Dr. Seidel* entgegnet, man müsse 1 Million Arbeitsplätze schaffen, zum größten Teil in der gewerblichen Wirtschaft und man könne Komplexe, die für industrielle Siedlungen bestimmt

21 Zur Union der Ausgewiesenen vgl. *Bauer*, Flüchtlinge S. 275 ff.; *Mintzel* S. 207–210; zu ihrer Beteiligung am Gemeindewahlkampf 1948 vgl. *Schlemmer*; Aufbruch S. 232 Anm. 69.

22 Die Bayernpartei war vor den Wahlen am 29. 3. 1948 auf Landesebene von der Militärregierung lizenziert worden; vgl. *Unger*.

23 Bei den Land- und Stadtkreiswahlen 1948 erzielte sie in Oberbayern 19% und in Niederbayern 11,9% der Stimmen; vgl. *Schlemmer*, Aufbruch S. 235.

24 Im Landkreis Forchheim erzielte die BP 11,8%. – Nach der Lizenzierung auf Landesebene am 29. 3. 1948 war die BP bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen 1948 auf 8,7% gekommen (Gemeindewahlen 1,8%, Stadtkreiswahlen 15% und Kreistagswahlen 6,4%). In 5 kreisunmittelbaren Städten und in 4 Landkreisen (Erding, Mühldorf, Traunstein, Wasserburg) ging die Bayernpartei aus dem Stand als stärkste Partei hervor; vgl. *Die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen Bayerns 1946 und 1948*; *Schlemmer*, Aufbruch S. 231–241. Vgl. zum Ergebnis der Bayernpartei bei den Kommunalwahlen 1948 auch die Karte III bei *Unger* nach S. 96.

25 Gemeinde Raubling, LKr. Rosenheim.

26 Vgl. verschiedene Interventionen des Staatskommissars Auerbach von April-Juni 1948 betr. die Wahl früherer NSDAP-Mitglieder zu Bürgermeistern und Landräten gegenüber Ankermüller in: Staatskommissar für die rassistisch, religiös und politisch Verfolgten vorl. Nr. 22 b.

27 Zu seiner Person s. Nr. 27 TOP II.

28 Vgl. Nr. 12 TOP VI Anm. 48.

29 Vgl. Nr. 28 TOP I.

30 Vgl. zur Reise von Schlögl nach Frankfurt SZ 27. 4. 1948.

31 Zum Lager Moschendorf s. *Greim* sowie SZ 13. 4. 1948.

seien, nicht lediglich als Wohnstätten allein benützen. Wenn solche Projekte frei würden, müsse sich die Vermögensverwaltung mit dem Wirtschaftsministerium und der Flüchtlingsverwaltung in Verbindung setzen, so daß sich ein Weg finde. Es sei höchst unzweckmäßig, daß die Planungsabteilungen in den verschiedenen Ministerien selbständig ohne gegenseitigen Kontakt arbeiteten.

Staatsminister *Dr. Hagenauer* macht darauf aufmerksam, in der nächsten Zeit werden die Internierungslager Hammelburg, Regensburg und Göggingen aufgelöst und er ersuche Staatssekretär Jaenicke, sich mit Ministerialdirektor Sachs in Verbindung zu setzen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, es sei überhaupt dringend notwendig, für eine Reihe von Sachgebieten eine Koordinierung zu finden. Man müsse sich darüber einigen, daß in einer bestimmten Angelegenheit ein Ministerium federführend sei und da wieder ein bestimmter Referent, daß aber alle übrigen Ministerien beteiligt würden. Die Fürsorge für die entlassenen Kriegsgefangenen und Heimkehrer mache ihm die größten Sorgen, da hier die notwendige Zusammenfassung immer noch fehle.<sup>32</sup> Die ganze Sache könne zu einer Katastrophe führen, zumal man damit rechnen müsse, daß die Russen in der nächsten Zeit Hunderttausende von Kriegsgefangenen zurückschicken würden.<sup>33</sup> Gerade die richtige Betreuung der Heimkehrer sei von allergrößter Bedeutung.

Staatsminister *Krehle* entgegnet, diese Frage sei ja an sich schon geregelt, da in den Haushaltsberatungen das Arbeitsministerium schon beauftragt worden sei. Von seinem Ministerium aus würden die Heimkehrer untersucht, in Heimkehrerlagern und Krankenhäusern untergebracht usw.<sup>34</sup> Er stehe in bester Beziehung mit Pater Rösch,<sup>35</sup> dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft.<sup>36</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erkundigt sich, ob nicht eine gewisse Ressort-Eifersucht bestehe. Die Heimkehrerbetreuung gehe sämtliche Ministerien an.

Staatsminister *Krehle* antwortet, die Verbindung mit dem Wirtschaftsministerium sei gut. Leider seien aber zu den Besprechungen andere Ministerien trotz Einladung nicht erschienen. Er werde in Zukunft die Ressortminister verständigen, wenn ihre Vertreter nicht gekommen seien.

Staatssekretär *Jaenicke* regt an, das Arbeitsministerium möge alsbald eine Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen.<sup>37</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* regt an, man solle in der Staatskanzlei eine Liste der Koordinierungsstellen z.B. für Fragen der Heimkehrer, der Währungsreform usw. aufstellen, auf denen die Namen der Referenten bezeichnet seien, damit man wirklich einen Überblick habe.

#### [VII. ] *Verordnung über die Erhebung von Gebühren für die Verwaltung kontrollierter Vermögen*

Staatsminister *Dr. Kraus* führt aus, diese Verordnung sei schon längst unter den beteiligten Ministerien besprochen<sup>38</sup> und er müsse Wert darauf legen, daß sie möglichst schnell behandelt werde, da die Gebühren bis zum Jahre 1946 zurückgingen.

32 Die Formulierung geht auf eine hs. Änderungen MPr. Ehards zurück. An dieser Stelle hieß es im Registraturexemplar zunächst „da hier jede Zusammenfassung fehle“ (StK-MinRProt 10).

33 Vgl. die Vormerkung Herwarths für Ehard und Pfeiffer, 12. 3. 1948, betr. Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion (StK 14826).

34 Vgl. *Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge*. Tätigkeitsbericht 1945–1950, S. 151–157 sowie Krehle an die Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft für Kriegsgefangenenfragen, 4. 2. 1948 (StK 14826).

35 Dr. theol. Augustin Rösch (1893–1961), Ordenspriester (SJ), 1912 Eintritt in den Jesuitenorden, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1925 Priesterweihe, 1935–1944 Provinzial der Oberdeutschen Provinz d. Gesellschaft Jesu, 11. 1. 1945 Verhaftung, KZ Dachau und anschließend Gestapo-Gefängnis Berlin-Moabit, 25.4. 1945 Freilassung, 1945–1947 Seelsorge, 1947–1961 Landescaritasdirektor in Bayern, 1947–1961 Mitglied des Bayer. Senats.

36 Pater Rösch war Vorsitzender der Bayer. Landesarbeitsgemeinschaft für Kriegsgefangenenfragen; vgl. *Protokolle Ehard* I Nr. 33 TOP IV.

37 Vgl. das Protokoll der auf Veranlassung des StMArb einberufenen Ressortbesprechung der Ministerien zur Koordination der Heimkehrerfragen in der StK, 7. 6. 1948 (6 S.), (StK 14826).

38 Vgl. die Vormerkung von Baer für Leusser, 13. 4. 1948, zur Behandlung dieser Verordnung im Ministerrat: „Nach § 19 Ziff. 2 des Gesetzes Nr. 67 über die Bestellung von Treuhändern für Vermögen unter Vermögenskontrolle vom 19. Juni 1947 (GVBl. S. 143) erläßt die bayerische Staatsregierung die Vorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes. In ihre Zuständigkeit fällt insbesondere die Regelung der für die Tätigkeit des Landesamtes für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung zu erhebenden Gebühren. Der beiliegende Entwurf bestimmt nun die Gebühren, die für die Verwaltung kontrollierten Vermögens von diesen Vermögen erhoben werden sollen. Mit dem Entwurf ist der Verwaltungsrat des Landesamts

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* erhebt zunächst Einwendungen<sup>39</sup> gegen die Verordnung, so daß beschlossen wird, nochmals eine Besprechung zwischen Finanz- und Justizministerium abzuhalten.

Im Verlauf des Ministerrats erklärt jedoch Staatssekretär *Dr. Lacherbauer*, seine Bedenken zurückzuziehen. Die Verordnung wird hierauf unverändert beschlossen.<sup>40</sup>

*[VIII. ] Zwangsenteignung für die Überlandwerke Unterfranken zur Errichtung eines Schalthauses in Lohr*<sup>41</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt bekannt, die Überlandwerke Unterfranken hätten über das Innenministerium Antrag gestellt,<sup>42</sup> der Ministerrat möge der Zwangsenteignung von Grundstücken der Stadt Lohr zur Errichtung eines Schalthauses zustimmen.

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* macht darauf aufmerksam, daß das Gesetz vom 1. 8. 1933,<sup>43</sup> nach dem der Ministerrat zu beschließen habe, ein berüchtigtes Nazigesetz gewesen sei und man sich fragen müsse, ob es überhaupt gültig sei.<sup>44</sup> Aber auch wenn das Kabinett zustimme, müßte der Beschluß besser gefaßt sein wie in der Vorlage und vor allem auch vollstreckbar sein. Er müsse die Frage stellen, wer die Entscheidung durchzuführen habe.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* meint, das Kabinett könne nur die Zulässigkeit der Zwangsenteignung aussprechen. Besitzeinweisung habe dann durch den Landrat zu erfolgen.

Die Herren Staatssekretäre Fischer und *Dr. Lacherbauer* einigen sich über den Wortlaut des Beschlusses, der sodann unverändert einstimmig angenommen wird.<sup>45</sup>

*[IX. ] Landtagsbeschluß über Untersagung der Handelstätigkeit bei Behörden*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt mit, der Landtag habe auf Antrag des Abgeordneten *Stiller*<sup>46</sup> beschlossen, dem Antrag, den staatlichen und kommunalen Behörden Handelstätigkeit – ausgenommen für den eigenen Bedarf – zu untersagen, zugestimmt.<sup>47</sup> Er könne nicht recht feststellen, was mit diesem Antrag überhaupt gemeint sei. Eigentlich bedeute dieser Beschluß einen Eingriff in die Exekutive und der Landtag müsse, wenn er so etwas machen wolle, ein Gesetz erlassen. Zum mindesten müsse er aber genau angeben, was er eigentlich gemeint habe.

für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung grundsätzlich einverstanden. Eine Änderung des § 7 Abs. 2, die der Verwaltungsrat angeregt hatte, ist unterblieben. Das Staatsministerium der Finanzen hält die Festlegung eines Einheitssatzes für die Vermerkgebühr in Höhe von nur RM 10.- nicht für angezeigt. Sie würde eine unbillige Benachteiligung der kleinen und eine unbegründete Begünstigung der großen Vermögen bedeuten. Durch die im Verordnungsentwurf vorgesehene Begrenzung der Vermerkgebühr auf 0,5 v.T. wird den für ihre Festsetzung zuständigen Außenstellen des BLVW die unentbehrliche Handhabe für ein einheitliches Verfahren geboten“ (StK-GuV 23).

39 Zu den Einwendungen des Justizministeriums vgl. *Lacherbauer* an StK, 18. 11. 1947. Darin hieß es u.a.: „Nr. 1 der Durchführungs-VO erscheint bedenklich. Der Anwendungsbereich eines Gesetzes kann nicht durch die Durchführungs-VO bestimmt werden. Spätere Erweiterungen des Geltungsbereiches des Treuhändergesetzes müssen vielmehr durch Gesetz erfolgen“ (StK-GuV 23).

40 Verordnung über die Erhebung von Gebühren für die Verwaltung gesperrten Vermögens vom 8. Mai 1948 (GVBl. S. 102). Im September 1948 hob OMGB die Verordnung auf; vgl. *Bolds* an *Ehard*, 9. 9. 1948. Darin hieß es u.a.: „Wie bereits ausgeführt, kann die Erhebung von Gebühren in der in obiger Verordnung unternommenen Weise nur mit Zustimmung des Landtages erfolgen. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen mitteilen, daß die mit der Verwaltung des Programmes der Vermögenskontrolle verbundenen Ausgaben nicht von den einzelnen Vermögenseigentümern, sondern von der deutschen Bevölkerung zu tragen sind“ (StK-GuV 23); vgl. auch OMGBY 17/175–3/24. Zum Fortgang s. Nr. 62.

41 Vgl. *Protokolle Ehard* I Nr. 15 TOP XXXIV.

42 Vgl. StMI an StK, 31. 3. 1948 (StK 14651).

43 Es handelte sich um das Gesetz über die Enteignung aus Gründen des Gemeinwohls vom 1. 8. 1933 (GVBl. S. 217) in der Fassung des Gesetzes vom 9. 12. 1943 (GVBl. 1944 S. 1); vgl. die Vormerkung von *Henle* zu diesem TOP des Ministerrats, 9. 4. 1948 (StK 14651).

44 Zur Aufhebung nationalsozialistischer Gesetzgebung vgl. *Protokolle Schaffer* Nr. 5 TOP IX und *Protokolle Hoegner* I Nr. 40 TOP V sowie *Majer* S. 144 f.

45 Vgl. *Gumpfenberg* an OBB, 27. 4. 1948: „Der Ministerrat hat in der Sitzung vom 26. April 1948 beschlossen, die Enteignung der der Stadt Lohr/Main gehörenden Teilflächen im Ausmaße von 4440 qm aus dem Plan Nr. 1319 1/4, 1319 1/5, 1319 1/6, 1319 1/7 und einer Teilfläche im Ausmaß von 880 qm aus der Plan-Nr. 1319 1/9 nach näherer Maßgabe des anliegenden Lageplanes III zu Gunsten der Überlandwerk-Unterfranken A.G. zum Zwecke der Errichtung eines Schalthauses für zulässig zu erklären. Ich darf noch darauf hinweisen, daß nach Art. II 3b des Militärregierungsgesetzes Nr. 52 das Vermögen der Gemeinden gesperrt und eine Vermögensübertragung nur mit Genehmigung der Militärregierung (Property Control) zulässig ist. Ich bitte demnach, das weitere zu veranlassen“ (StK 14651).

46 Zu seiner Person s. Nr. 19 TOP XII.

47 Vgl. die Beratung in StB. II S. 324 ff. (5. 12. 1947) sowie den Beschluß des Landtags, 5. 12. 1947 in *BbD.* II Nr. 927.

Staatssekretär *Dr. Müller* macht darauf aufmerksam, aus diesem Antrag spreche der alte Kampf des Gewerbes gegen die Behörden, die für ihre Angestellten Waren einkaufen wollten. Schon früher habe sich der Reichstag mit dieser Sache beschäftigt.

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* führt aus, der Antrag des Abgeordneten *Stiller*<sup>48</sup> habe einen anderen Inhalt wie der Beschluß des Landtags. Er schlage vor, sich noch die nötige Klarheit zu beschaffen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* regt an, zunächst den Beschluß zur Kenntnis zu nehmen und sich zu vergewissern, was damit gemeint sei, wobei das Justizministerium die Sache überprüfen solle.

*[X. ] Sonderzuteilung von Autobereifungen und Benzin an die politischen Parteien*<sup>49</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt bekannt, die politischen Parteien hätten sich wegen einer Sonderzuteilung an Bereifungen und Benzin für die Durchführung des Wahlkampfs an ihn gewendet. Er habe die Anträge an das Wirtschaftsministerium weitergegeben und lediglich bezüglich der Bereifung die Mitteilung erhalten, daß der Antrag an das Verkehrsministerium übergeben worden sei. Nun hätten die Parteien sich nochmals wegen des Benzins an ihn gewandt.

Staatssekretär *Geiger* erklärt, es sei ihm neu, daß die Parteien zusätzlich etwas bekommen hätten. Die Regelung sei so, daß jede im Landesrahmen zugelassene Partei im Monat 2000 l erhalte und weiter 10 000 l je nach der Parteigröße verteilt würden. Er bitte, ihm von der Staatskanzlei die Unterlagen zuzuleiten, damit er die Sache überprüfen könne.

*[XI. ] Durchführung des Grubenholzprogramms*<sup>50</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt bekannt, er habe sich an das Landwirtschaftsministerium gewandt, weil die Militärregierung die Bestellung eines Sonderbeauftragten für das Grubenholzprogramm vorgeschlagen habe. An sich sei er nicht dafür, für dieses Gebiet wieder einen besonderen Beauftragten<sup>51</sup> einzusetzen.

Staatssekretär *Sühler* führt aus, es hätten schon verschiedentlich Besprechungen aller beteiligten Ministerien stattgefunden und er werde neuerdings eine Besprechung ansetzen, um eine möglichst reibungslose Durchführung des Programms zu bewerkstelligen.

*[XII. ] Einladung von deutschen Kindern durch die spanische Regierung*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* verliest eine Vormerkung über ein Angebot der spanischen Regierung, bayerische Kinder mehrere Monate nach Spanien einzuladen.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* teilt dazu mit, die Einladung gehe von katholischen Kreisen aus, bei denen man alle notwendigen Voraussetzungen für gegeben betrachten könne. Er würde es begrüßen, wenn der Ministerrat seine Zustimmung zu diesem Angebot erteilen würde.

Der Ministerrat beschließt sodann einstimmig, die Einladung anzunehmen, nach Maßgabe der in der Vormerkung niedergelegten Bedingungen.

*[XIII. ] Fragen der Energieversorgung*

Staatssekretär *Fischer* teilt mit, er habe heute eine Besprechung mit Mr. Fitzwilliams gehabt, wobei er feststellen mußte, daß die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) von OMGUS weitgehend unterstützt würden.<sup>52</sup> Natürlich habe er alles nur irgend Erdenkliche dagegen eingewandt. Ob es einen Erfolg haben werde, müsse leider dahingestellt bleiben.

48 Vgl. BBd. I Nr. 572.

49 Vgl. Protokolle Ehard I Nr. 15 TOP XXVI und Nr. 18 TOP XVII.

50 Vgl. Protokolle Ehard I Nr. 24 TOP XIV und Nr. 29 TOP VI. S. OMGBY 10/192–1/5 sowie *Die Wirtschaftsentwicklung* S. 43.

51 Gemeint ist vermutlich neben den Staatsbeauftragten für die Brennstoffversorgung und für Reparationsangelegenheiten.

52 Vgl. Protokolle Ehard I Nr. 17 TOP II.

*[XIV. ] Personalsachen*1. Ministerialrat Dr. Friedrich<sup>53</sup>

Der Ministerrat stimmt der Ernennung des Ministerialrats Dr. Friedrich zum Obergerverwaltungsgerichtsrat zu.

## 2. Professor Dr. Krieg

Der Ministerrat erhebt keine Einwendungen gegen die Ernennung des Direktors der Zoologischen Staatssammlung Professor Dr. Krieg,<sup>54</sup> zum ersten Direktor der Staatlichen Sammlung für Naturkunde.<sup>55</sup>

3. Wiedereinstellung und Versetzung in den Ruhestand des früheren Ministerialrats Mezger<sup>56</sup>

Staatsminister *Dr. Kraus* erklärt, er kenne Ministerialrat Mezger gut aus seiner früheren Tätigkeit und habe deshalb schon früher Bedenken geltend gemacht. Zweifellos sei er ein eifriger PG gewesen und habe Wert darauf gelegt, als solcher zu gelten. Er müsse sich auf den Standpunkt stellen, daß Mezger noch zu warten habe. Seiner Ansicht nach könne er noch gut an einer Behörde als Vertragsangestellter arbeiten.

Der Ministerrat beschließt daraufhin, die Wiedereinstellung und Versetzung in den Ruhestand des früheren Ministerialrats Mezger abzulehnen, ferner, daß das B. Staatsministerium des Innern prüfen solle, ob nicht eine Tätigkeit als Vertragsangestellter in Frage komme.<sup>57</sup>

4. Aufnahme in das Beamtenverhältnis des Referenten Dr. Michalke<sup>58</sup> vom B. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ministerpräsident *Dr. Ehard* betont, daß Dr. Michalke seit dem Jahre 1945 im Landwirtschaftsministerium tätig sei und dort gute Arbeit geleistet habe.<sup>59</sup> Er sei bereits seit dem Jahre 1925 in Schlesien im Behördendienst gewesen. Seine Aufnahme in das Beamtenverhältnis sei dort aus politischen Gründen, insbesondere wegen der jüdischen Abstammung seiner Ehefrau, abgelehnt worden.<sup>60</sup>

Staatsminister *Dr. Kraus* entgegnet, er habe die Sache selbst geprüft und es sei nicht nachgewiesen, daß er aus politischen Gründen nicht Beamter geworden sei. Dr. Michalke sei bereits 58 Jahre und er könne die Übernahme in das Beamtenverhältnis nicht verantworten. Wenn man hier eine Ausnahme mache, müsse man mit einer Unzahl von ähnlichen Anträgen und Beschwerden rechnen.<sup>61</sup>

Staatssekretär *Sühler* weist darauf hin, daß Dr. Michalke eine der besten Fachkräfte in seinem Ministerium sei.

Nachdem sich auch Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* gegen die Übernahme gewandt hat, beschließt der Ministerrat mit Mehrheit, den Antrag abzulehnen.

*[XV. ] Ernennung von kommissarischen Schulräten zu planmäßigen Schulräten*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erinnert daran, daß diese Frage bereits in der letzten Ministerratssitzung behandelt worden sei.<sup>62</sup>

Staatsminister *Dr. Hundhammer* weist darauf hin, daß die in Frage kommenden Herren zum größten Teil schon seit 3 Jahren ihre Aufgaben gut erfüllt hätten, so daß sie ein moralisches Anrecht darauf hätten, die

53 Dr. Karl Friedrich, Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof, 31. 3. 1949 Ruhestandsversetzung.

54 Prof. Dr. phil. et med. Hans Krieg (1888–1970), 1927 Hauptkonservator, 1930–1948 Direktor der Zoologischen Staatssammlung in München, seit 1927 ferner apl. Prof. für Zoologie Univ. München, seit 5. 11. 1945 mit der Führung der Dienstgeschäfte des 1. Direktors der Staatlichen Sammlungen für Naturkunde in München beauftragt, 1. 5. 1948 Ernennung zum 1. Direktor der Staatlichen Sammlungen für Naturkunde. Vgl. Bayer. Staatsanzeiger 12. 6. 1948. S. NDB.

55 1962 erfolgte die Umbenennung in Verwaltung der Naturwissenschaftlichen Sammlungen des Staates, seit 1968 lautet der Titel Generaldirektion der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns; vgl. Volkert S. 202; Litten.

56 Zu seiner Person s. Nr. 7 TOP XXII.

57 Zum Fortgang s. Nr. 43 TOP XII.

58 Dr. phil. Heribert Michalke (1890–1956), 1923/1924 Univ. Breslau (Landwirtschaft), 1924 Promotion, 1925–1929 Administrator im Staatsgut Breslau-Schwoitz, bis 1933 Mitglied des Zentrums, 1930–1941 Sachverständiger und leitender Betriebsführer beim Oberfinanzpräsidenten Schlesien, 1941–1945 Abteilungsleiter bei der Landesbauernschaft Sudetenland, Mai bis August 1945 Geschäftsf. der Landesbauernschaft in Liquidation, von der tschech. Regierung beauftragt, 1. 11. 1945 Referent im StMELF im Angestelltenverhältnis (Referat Betriebswirtschaft), 30. 6. 1955 Ruhestandsversetzung (zuletzt stellv. Unterabteilungsleiter der Abt. Agrar- und Betriebswirtschaft).

59 Vgl. als Grundlage für die Ausführungen Ehards die Vormerkung Gumpenbergs zu diesem TOP, 26. 4. 1948 (StK 11675).

60 Vgl. auch Ehard an StMF, 16. 2. 1948, betr. Übernahme Michalkes in das Beamtenverhältnis (StK 11675).

61 Vgl. Kraus an Ehard, 18. 3. 1948, betr. Personalangelegenheit Heribert Michalke (StK 11675).

62 Es handelte sich um die vorletzte Ministerratssitzung; vgl. Nr. 27 TOP VIII.

Beförderung unabhängig von ihrem Lebensalter zu bekommen. Wenn sie nicht befördert werden könnten, müßte er sie pensionieren, an ihrer Stelle neue Schulräte ernennen und der Staat hätte so auch finanziell keinerlei Vorteil.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erkundigt sich, ob man bei ihrem Ausscheiden die freiwerdenden Stellen überhaupt mit geeigneten einheimischen Kräften besetzen könne.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* antwortet, man suche in seinem Ministerium krampfhaft nach Schulräten und habe größte Schwierigkeiten, geeignete und zuverlässige Bayern zu finden.

Staatsminister *Dr. Kraus* wendet ein, es handle sich hier um eine grundsätzliche Frage.

Bei der Abstimmung erklärt sich die Mehrheit des Kabinetts für die Ernennung der Schulräte zu planmäßigen Schulräten.

Staatsminister *Dr. Kraus* erklärt darauf ausdrücklich, er müsse den Ministerrat warnen, die Personalpolitik des Finanzministeriums durch solche Beschlüsse zu durchkreuzen.

Es wird sodann ausdrücklich festgestellt, daß die Schulräte ihre Stellen schon lange Zeit inne haben und der Ministerrat nur deshalb der Auffassung sei, hier eine Ausnahme machen zu können.

Der Bayerische Ministerpräsident  
gez.: Dr. Hans Ehard

Der Generalsekretär des  
Ministerrats  
In Vertretung  
gez.: Levin Frhr. von Gumpenberg  
Oberregierungsrat

Der Leiter der  
Bayerischen Staatskanzlei  
gez.: Dr. Anton Pfeiffer  
Staatsminister